

Von der Redaktion

Die Osterpause und danach

Die Russlandanalysen gehen für fünf Wochen in die Osterpause. Die nächste Nummer erscheint am 22. April. Wir werden uns dann mit dem Klimawandel, der Entwicklung der sozialen Verhältnisse und dem Stand der Medwedewschen Reformpolitik befassen. Geplant ist auch eine Nummer zu den Chodorkowskij-Prozessen in Moskau und Straßburg. Einstweilen wünschen wir Ihnen aber frohe Ostertage und gute Erholung.

Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder

Analyse

Das Medwedew-Institut legt sein »Bild der wünschenswerten Zukunft Russlands im 21. Jahrhundert« vor

Von Jens Siegert, Moskau

Das Institut

Das »Institut für Moderne Entwicklung« (russisch: Institut Sowremennogo Raswitijsa, INSOR) sitzt in einem kleinen, klassizistischen Palast, weiß und hellblau, wie es sich gehört mit Säulen vor dem Eingang, in einem Park am Rande der Moskauer Innenstadt. Man könnte das feudal nennen oder angemessen. Immerhin gilt es als »Medwedew-Institut«. Der seinerzeit gerade Noch-Nicht-Präsident hat seine Entstehung vor gut zwei Jahren initiiert und sitzt seither dem Kuratorium vor. Ein Think Tank für Modernisierung soll es sein, ein, in Russland ungewöhnlich und von kaum jemanden geglaubt, unabhängiger. Geld aus der Staatskasse gibt es daher nicht. Man darf aber getrost davon ausgehen, dass das Einwerben von Spenden mit dem Präsidenten als Vorsitzenden des Kuratoriums etwas einfacher und einträglicher ist als es ohne ihn wäre.

Neben Medwedew sitzen im Kuratorium eine Ministerin (Elvira Naibullina, Wirtschaftsentwicklung), ein stellvertretender Dumavorsitzender (Oleg Morosow, Fraktion »Einiges Russland«), ein Gouverneur (Dmitrij Mesenzew, Gebiet Irkutsk) und zahlreiche, eher als liberal aufgefallene Wissenschaftler. Vorstandsvorsitzender ist Igor Jürgens, Investmentbanker, stellvertretender Vorsitzender der Russischen Union der Unternehmer und Industriellen. Alles in allem ist das Institut für Moderne Entwicklung eine eher dem liberalen politischen Spektrum zuneigende Einrichtung, wenn auch mit sehr guten Verbindungen zur »Macht«. Man könnte auch, ein wenig kritischer, von guten Anbindungen sprechen.

Die Studie

Anfang Februar legte das Institut eine lange erwartete Studie mit dem Titel »Russland im 21. Jahrhundert: Bild der wünschenswerten Zukunft« vor. Da es im Russischen keine Artikel gibt, könnte der Titel allerdings auch mit »Russland im 21. Jahrhundert: Bild *einer* wünschenswerten Zukunft« übersetzt werden. Die Studie ist als Empfehlungen an Dmitrij Medwedew konzipiert. Folglich erhielt der Präsident sie vorab. Kurze Zeit später wurde das Werk etwa 200 Personen vorgestellt. In ihrer Mehrzahl waren das Experten aus dem universitären Bereich, der Akademie der Wissenschaften und zahlreicher, meist liberaler Think Tanks, dann einige Politiker (im Wartestand, weil nicht den auserwählten Dumaparteien angehörend), ausländische Diplomaten und Vertreter ausländischer Think Tanks.

Ausgangspunkt der Studie sind zehn politische Thesen der Autoren. Sie postulieren eine »tiefe« und »systemische« Krise, deren Überwindung für Russland »entscheidende« Bedeutung habe. Wenn dieser Krise nicht erfolgreich begegnet werde, dann sei bald der »Point of no Return« erreicht. Weiter im Takt: Ohne Freiheit gebe es keine Modernisierung im 21. Jahrhundert; Modernisierung durch den Staat funktioniere unter den Bedingungen der Globalisierung nicht mehr; Modernisierung sei ohne Modernisierung des politischen Systems nicht möglich; nur politische Freiheiten erzeugten den notwendigen »Drive«, um das träge (gewordene) System vom Fleck zu bewegen; Deregulierung sei vonnöten; der Übergang zur Modernisierung dürfe aber nicht



Igor Jurgens. Foto: HHS

nach dem alten russischen Muster einer »permanenten Revolution« erfolgen.

Diese Thesen münden in teils sehr konkrete, manchmal auch kleinteilige Empfehlungen für das politische System insgesamt, aber auch für einzelne Politikbereiche wie Sozial-

staat, Wirtschaft, Verteidigung/Inneres (die sogenannten »Machtministerien«) und Außenpolitik. Wesentlich sind die Empfehlungen zum politischen System:

- Rückkehr zu einem »wirklichen Föderalismus«;
- Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten auf fünf, der Legislaturperiode der Staatsduma auf vier Jahre;
- Wiedereinführung von Direktmandaten im Parlament;
- Regierungsbildung durch die Parlamentsmehrheit;
- der Föderationsrat wird wieder vom Volk gewählt;
- ebenso die Gouverneure und Republikspräsidenten;
- wirkliche Unabhängigkeit der Gerichte;
- Verbesserung der Existenz- und Arbeitsbedingungen von NGOs.

Außerdem soll das Innenministerium vollständig umgebildet und die Truppen des Innenministeriums zugunsten einer »Nationalgarde« aufgelöst werden, ebenso wie der Inlandsgeheimdienst FSB. Außenpolitisch wird die EU als bevorzugter strategischer Partner genannt und der Beitritt in die NATO als wünschenswert bezeichnet, freilich erst mittel- bis langfristig und nach ihrer umfassenden »Reform«, wobei ungesagt bleibt, was diese beinhalten müsste.

Insgesamt macht die Studie einen eher eklektischen Eindruck. Einige Themenbereiche sind sehr ausführlich und bis in kleinere Details behandelt. Nach den sehr detaillierten Forderungen zu Änderungen im politischen System werden außen- und verteidigungspolitische Fragen nur summarisch erörtert. Korruption und die demographische Entwicklung, zwei der größten Herausforderungen für jede russische Regierung, fehlen völlig. Das ist umso verwunderlicher, weil in beiden Politikbereichen das Versagen des Putinschen Systems besonders hervorsticht.

Sollte man die Studie in einer Hauptthese zusammenfassen, so hieße sie wohl »Zurück zur Verfassung«.

Das ist durchaus pikant, weil darin eine doppelte implizite Anschuldigung an Putin (und Medwedew) enthalten ist: Erstens, die Verfassung gebrochen zu haben und damit zweitens nicht effektivere sondern ineffektivere Politik gemacht zu haben.

Rezeption und Diskussion

Die öffentlichen Rezeption und Diskussion fand vorwiegend in der liberalen Presse und im Internet statt. Während bei der Vorstellung der Studie vor etwa 200 Personen, in ihrer Mehrzahl Experten aus dem universitären Bereich, der Akademie der Wissenschaften und zahlreicher, meist liberaler Think Tanks, ausländische Diplomaten und Vertreter ausländischer Think Tanks, Detailkritik im Vordergrund stand, überwog hier die Frage nach ihren Adressaten und danach, an welche Träger der angestrebten politischen und gesellschaftlichen Veränderungen die Autoren gedacht hätten. Der Politologe Dmitrij Oreschkin drückte das noch während der Vorstellung der Studie so aus: Gleichgesinnten seien die Erkenntnisse nicht nötig, alle im Saal würden sie wohl, ungeachtet kleinerer Nuancen, teilen. Politische Opponenten läsen solche Arbeiten nicht, für die Medien hätte die Studie kürzer und griffiger sein und den Machthabern hätte man mit konkreteren, direkter umsetzbaren Vorschlägen kommen müssen.

Noch erheblich weiter geht Georgij Satarow, Präsident der Stiftung INDEM, in den 1990er Jahren Berater in der Präsidentenadministration unter Boris Jelzin, in seiner Kritik. Man müsse nicht so sehr den Text lesen als den Subtext zu verstehen versuchen, schreibt er in einem Beitrag auf der Website kasparov.ru unter der Überschrift »Vertreibung ins Paradies«. Dieser Subtext zeige, dass sich INSOR und seine ExpertInnen als ein Teil der Macht habenden politischen Elite betrachten, wenn auch als deren vorübergehend außer Funktion gesetzten Avantgarde. Ihre Botschaft an Putin, vor allem aber Medwedew (und diese beiden sind hier durchaus als Personen und nicht als Chiffre für die politische Elite angesprochen) sei: Lasst uns nur machen, wir machen es richtig, auch wenn nur 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung so wollen wie wir. Die Botschaft sei also im Kern undemokratisch: Wir (die Autoren) und ihr (die Machthabenden) gegen das unmündige, gemeine Volk. Das erkläre auch das seltsame Genre des Textes als Empfehlung an den Präsidenten.

Auch Masha Lipman, Chefredakteurin der vom Moscow Carnegie Center herausgegebenen politischen Vierteljahresschrift »Pro et Contra«, argumentiert in einem Beitrag im »Jezhednewnyj Zhurnal« unter der Überschrift »Neue verbale Freiheit« in diese Richtung.

Inhaltlich sei die Studie ein durchaus nicht unübliches Sammelsurium »liberaler Träume«, die aber allem widersprechen, was in den vergangenen 10 Jahren unter Putin (und Medwedew) durchaus systematisch an Politik umgesetzt wurde. Man könnte das Ganze also als folgen- weil machtlose »intellektuelle Übung« abtun, wäre da nicht die Kuratorenschaft Medwedews, des Präsidenten, über das ausübende Institut. Folglich müsse sich die Studie mit ihren durchaus konkreten und in dieser Konkretion fast schon revolutionären Forderungen in guter russisch-liberaler Tradition »an die Zaren« wenden. Doch warum um Himmels Willen, so fragt Masha Lipman, sollten Putin und Medwedew diesen Ratschlägen (»Forderungen« könnten es ja nicht sein) folgen? Ihre Antwort ähnelt der Georgij Satarows: Aus Sicht der Autoren sei es nur Zufall und ungerechtfertigt, dass sie als funktionelle und intellektuelle Avantgarde nicht an der Macht beteiligt sind. Aus dieser Quelle speise sich die der Studie und ihrem Gestus innewohnende Hybris, sich eine Modernisierung Russlands nur gegen eine Mehrheit der Bevölkerung, die »dumme Masse« vorstellen zu können. Deshalb, so schließt Lipman, ist die Studie wohl doch nicht mehr als eine intellektuelle Übung, die davon zeugt, dass der »Raum des Erlaubten« in den vergangenen Monaten ein wenig größer geworden ist.

Die harten Urteile von Satarow und Lipman mögen ein wenig ungerecht sein, weisen aber auf ein grundsätzliches Problem aller oppositioneller Politik im heutigen Russland hin, selbst der, die sich sogleich auf die Straße begibt. Die russische Gesellschaft ist im vergangenen Jahrzehnt politisch immer apathischer (gemacht) geworden oder, wie es Alexander Ausan, Wirtschaftsprofessor und Präsident des »Instituts Nationales Projekt Gesellschaftsvertrag« unlängst in einem Vortrag ausdrückte: »Die russische Nation hat sich in den Urlaub zurückgezogen.«

Surkow

Das ist, in Zeiten der Wirtschaftskrise, aber nicht nur ein Problem oppositioneller Politik, sondern von Politik insgesamt. Auch Medwedew und Putin sind auf der Suche nach gesellschaftlichen Kräften, auf die sie sich in ihren Modernisierungsbemühungen, von deren grundsätzlicher Ernsthaftigkeit ich ausgehe, stützen können. Vor allem weil ihre Antworten unbefriedigend sind, hat die INSOR-Studie trotz aller Kritik einen Nerv getroffen. Selten in den vergangenen Jahren wurde ein Text, der nicht von oben kommt, so lebhaft und öffentlich diskutiert.

Indirekt beteiligte sich sogar einer der Hauptadressaten. Fünf Tage nach der öffentlichen Vorstellung der Stu-

die im schon erwähnten kleinen, pastellfarbenen Palast, gab Wladislaw Surkow, gemeinhin als »Erfinder der gelenkten Demokratie« geltender stellvertretender Leiter der Präsidenten-



Wladislaw Surkow. Foto: HHS

administration, der Tageszeitung Wedomosti ein Interview unter dem Titel »Das Wunder ist möglich«. Das ist doppelt bemerkenswert. Zum einen zieht es Surkow in der Regel vor, graue Eminenzenhaft nicht-öffentlich zu agieren. Zum zweiten ist die liberale und gemeinsam mit dem Wall Street Journal und der Financial Times herausgegebene Wirtschaftszeitung Wedomosti eher eine Plattform für oppositionelle Zwischenrufe. Surkow begab sich also auf »feindliches« Territorium.

Surkow äußerte sich selbstverständlich nicht direkt zur INSOR-Studie, sondern zum jüngst verkündeten Plan des Kremls, ein »russisches Silicon Valley« aufzubauen. Er tut das aber, wie die Studie, in 10 Thesen. Diese Ansiedlung soll als eine Mischung von Hochtechnologie-Unternehmen und (staatlich geförderter) Spitzenforschung Russlands Wirtschaft einen entscheidenden Modernisierungsschub geben. In seinem Interview kommt Surkow auf historische Parallelen aus der frühen Sowjetunion zu sprechen. Das sei damals vor dem Krieg eine Industrialisierung durch Angst gewesen. Eine postindustrielle Gesellschaft, so Surkow, entstehe aber nicht »durch Schrecken«. Also brauche man andere Anreize, so etwas wie die »deutsche Vorstadt« in Moskau im ausgehenden Mittelalter, in der sich Fachleute aus aller westlich der Rus' gelegenen Welt ansiedelten. Die neue Modernisierungsstrategie müsse also weltoffen sein und auf Eigeninitiative setzen.

Ganz den Mächten des freien Spiels, wie es die INSOR-Studie vorschlägt, mag Surkow diese Entwicklung aber nicht überlassen. Mit deren Autoren streitet Surkow indirekt darüber, was zuerst kommt: Modernisierung oder Demokratisierung. Die Studie legt den Schwerpunkt auf politische Konkurrenz: Konkurrenz werde zu besserem Staatshandeln führen, das wiederum

der Wirtschaft und der Gesellschaft Raum für innovative und nachhaltige Modernisierung biete. Daran glaubt Surkow selbstverständlich nicht. Für ihn ist weiterhin »Handsteuerung« nötig. Er folgt damit seiner eigenen Definition von »gelenkter Demokratie«. Außerdem habe man nicht die Zeit, zu warten, bis sich etwas von selbst entwickle, sondern müsse die Kraft des »konsolidierten Staates« nutzen, auch die private Wirtschaft möglichst schnell voran zu bringen. Gleichzeitig gibt Surkow in seinem Interview zu, dass die bisherigen staatliche Versuche, innovative Industrien anzusiedeln und zu entwickeln meist weniger erfolgreich waren.

10 Thesen – es liegt was in der Luft...

Damit schließt sich der Kreis. Das Problem des politischen Regimes ist, dass es sich zum Machterhalt fast ausschließlich auf die immer korrupteren und unkontrollierter um administrative Ressourcen konkurrierenden Wirtschafts- und Beamteneliten stützt. Dieses Konstrukt wurde in der Vergangenheit durch zwei weiteren teils Loyalität, teils Duldung generierende Ressourcen abgesichert: Zum einen das enorme Wirtschaftswachstum, das es erlaubt hat trotz der großen Transaktionskosten dieses Politik- und Wirtschaftsmodells ausreichend Wohlstand nach »unten« durchsickern zu lassen. Zum anderen eine Ideologie nationaler Konsolidierung mit immer stärker werdenden Rückgriffen auf sowjetische Residuen bis hin zur schleichenden Rehabilitierung Stalins als »erfolgreicher Modernisator«.

Die gesellschaftlichen Gruppen, auf die sich das Putin-Medwedew-Regime stützt, haben wenig Interesse an und geringe Fähigkeiten zu Veränderung. Die Chancen so zu einer durchgreifenden wirtschaftlichen Modernisierung des Landes zu kommen sind klein. Alle bisherigen mit Medwedew verbundenden Modernisierungsanstrengungen schaffen es aber nicht, siehe Surkow, aus diesem Teufelskreis heraus zu kommen. Doch nicht nur das. Die »gelenkte Demokratie« hat in den vergangenen Jahren alle Alternativen, soll heißen gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die zu Trägern einer, wie ja auch Surkow sagt, notwendigen »postindustriellen Modernisierung« werden könnten, zugunsten des Machterhalts systematisch zerstört.

Das ist der Hauptgrund, weshalb sich die INSOR-Studie an den »guten Führer« richtet. Aus diesem Grund

ist auch die scharfe Kritik an ihr, die hier stellvertretend durch die Artikel von Georgij Satarow und Masha Lipman dargelegt wurde, zwar richtig aber hilflos.

Zwar hat sich die gelenkte Öffentlichkeit in Russland in den vergangenen Monaten tatsächlich ein wenig erweitert. Der Medienraum, in dem auch Kritisches gezeigt, gesagt und geschrieben werden kann, ist größer geworden. Das gilt nicht nur für die wenigen freien Zeitungen und das Internet, sondern sogar für die zentralen Fernsehkanäle. Sogar bei Sitzungen des Staatesrates im Kreml erklingen mitunter Forderungen nach einer Liberalisierung des politischen Systems. Den Ton hat im Herbst Medwedew mit einigen kritischen Reden und Veröffentlichungen ja bereits im Herbst vorgegeben. Premierminister Putin hat dazu größtenteils geschwiegen und nur von Zeit zu Zeit einige kleinere Gegengewichte gesetzt. Er hat dabei aber immer vermieden, Medwedew direkt zu kritisieren.

Politik ist aus dieser Raumerweiterung aber bisher nicht entstanden. Bisher sind alles Worte geblieben oder, wie es Masha Lipman ausdrückt, »intellektuelle Leibesübungen«. Das ist die immer größer werdende Hypothek der Medwedewschen Präsidentschaft. Die Zeit läuft davon.

So ist auch in der Diskussion der INSOR-Studie nicht ganz klar, was die Protagonisten mehr treibt: Hoffnung oder Verzweiflung. Es ist, und durchaus nicht nur in oppositionellen Kreisen, zu einem Gemeinplatz geworden, dass es so nicht weiter gehen kann. Gleichzeitig weiß aber niemand so recht zu sagen, wie ein politischer Wechsel bewerkstelligt werden soll. Medwedew wird seit einiger Zeit gelegentlich mit Gorbatschow in seinen ersten zwei Jahren als Generalsekretär der KPdSU verglichen. Damals waren die bevorstehenden epochalen Änderungen kaum zu erahnen. Vor allem äußerlich, also in Diktion, Stil und Personal, schien weiterhin fast alles still zu stehen. Aus diesem Vergleich spricht Hoffnung. Doch, so bemerken Skeptiker, Gorbatschow habe im Gegensatz zu Medwedew keinen lebendigen Andropow im Rücken gehabt. So zweifelhaft historische Vergleiche auch sein mögen: Auch heute haben viele Menschen in Russland nur die Hoffnung auf bessere Einsicht des (heute: der) Zaren. Meist gegen besseres Wissen.

Über den Autor

Jens Siegert ist Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau. Zuvor arbeitete er als zehn Jahre in Moskau als Korrespondent deutschsprachiger Printmedien und Radio.